

SPD-Ratsfraktion Everswinkel

zum

Haushalt 2017

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, liebe Fraktionsmitglieder, das gerade ausklingende Jahr 2016 wurde geprägt durch die Bewältigung der Aufgaben, die durch die Flüchtlinge und Asylbewerber auf uns zu gekommen sind. Die Zahl der neu ankommenden Menschen erreichte zum Jahreswechsel von 2015 nach 2016 ihren Höhepunkt. Weiter mussten wir den, per Referendum, beschlossenen Austritt Großbritanniens aus der EU verzeichnen, sowie einen Putschversuch in der Türkei, dem eine Verhaftungs- und Entlassungswelle, die immer noch anhält, folgte. Schließlich brachte die Präsidentschaftswahl in den USA mit Donald Trump einen von vielen Europäern nicht erwarteten Sieger hervor. In zahlreichen Ländern, insbesondere auch in Europa verzeichneten populistische Parteien Zulauf und erzielten bei Wahlen zweistellige Ergebnisse. Dieser Trend setzte sich 2016 bei mehreren Landtagswahlen in Deutschland fort.

Alle diese Themen haben auch unsere Gemeinde berührt. Am unmittelbarsten wurde unser Engagement ohne Zweifel bei der Unterbringung und Versorgung der ankommenden Flüchtlinge gefordert. Wir alle dürfen stolz sein, wie sehr sich der weitaus überwiegende Anteil unserer Landsleute bemüht, den ankommenden Menschen gerecht zu werden. Dies gilt insbesondere auch hier in Everswinkel und Alverskirchen. Im zurückliegenden Jahr war das Zusammenleben hier geprägt von dem Bemühen die neu zu uns Gekommenen, nachdem sie untergebracht und versorgt waren, auch zu integrieren. Dafür möchte ich mich im Namen der SPD-Fraktion bei der Vielzahl der Helferinnen und Helfer bedanken. Als erste Anlaufstelle wurden hierbei die Mitarbeiter der Verwaltung tätig, die aktiv waren, um die Ankommenden in Empfang zu nehmen und in der Gemeinde unterzubringen. Durch sie wurden dann die so wichtigen ersten Kontakte hergestellt. Deshalb gilt unser erster Dank diesen engagierten

Mitarbeitern, die im zurückliegenden Jahr häufig deutlich mehr geleistet haben, als man erwarten durfte. Dann kamen die vielen freiwilligen und ehrenamtlichen Helfer aus Initiativen, Vereinen, Kirchen, aber auch Nachbarn und Einzelpersonen zum Tragen, die durch ihren unermüdlichen Einsatz so viel und so oft geholfen haben. So konnte Vieles bereits gelingen und so wird Integration weiterhin erfolgreich gestaltet werden können. Auch diesen Menschen gilt unser besonderer Dank. Wir wünschen Ihnen allen für 2017 weiterhin viel Energie und Kraft, denn ohne Sie kann dieses Langzeitprojekt nicht gelingen.

Hoffen wir, dass der durch die Bundesländer und den Bund gefundene Kompromiss beim Länderfinanzausgleich die benötigten finanziellen Verbesserungen für die Kommunen bringen wird. Dass viele vom Bund auf die Kommunen übertragene Leistungen nicht oder nicht ausreichend finanziert werden, muss sich ändern. In 2017 können die Kommunen die entstandenen Ausgaben exakt abrechnen. Hoffentlich haben wir in Everwinkel dann auch die dafür benötigten Daten, denn für 2016 konnte die Verwaltung uns diese, trotz Anfrage, ja leider nicht liefern. Durch die Anerkennung der Asylanträge werden die betroffenen Menschen, solange sie keine Arbeit finden die Zahl der Bedarfsgemeinschaften die Hartz IV erhalten, erhöhen. Auch dafür soll es eine finanzielle Lösung geben und auch hier benötigen wir die Unterstützung der übergeordneten Instanzen. Dies muss aber möglichst schnell erfolgen, damit die Kommunen an dieser Stelle nicht alleingelassen werden. Das unbedingte Festhalten an der sogenannten „Schwarzen Null“ durch unseren Bundesfinanzminister und viele Andere muss vor dieser Entwicklung erneut hinterfragt werden. Wir können nur darauf hoffen, dass sich die finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden verbessern wird.

Kommen wir nun zum eingebrachten Haushalt für das Jahr 2017. Noch nie war so wenig Haushalt, wie in diesem Jahr.

Es bleibt alles beim Alten, weiter so. Auch nach einem Jahr Amtszeit sind keine Impulse durch den Bürgermeister erkennbar. Keine erkennbaren Prioritäten für die Zukunft, kein Bemühen Ausgaben und Einnahmen in Einklang zu bringen und bereits das neunte Jahr in Folge wird es ein Haushaltsdefizit bei uns geben. Wir werden auch 2017 mehr ausgeben,

als wir einnehmen. Prognostiziert wird für das kommende Jahr ein Defizit von ca. 1,1 Mio. €. Für 2016 wird ein Verlust von ca. 1,5 Mio. € prognostiziert. Wer hat dies verursacht? Folgt man dem Bürgermeister ist das Land schuld an unserer Situation: Abundanzumlage für 2014-2016, fehlende Flüchtlingskostenerstattung und Einbehaltung der Integrationspauschale summiert er flugs zu den fehlenden 1,5 Mio. für 2016. Abundanzumlagen sind nach dem Verwaltungsgerichtsurteil rechtens, es gibt sie auch in anderen Bundesländern und das Aufsummieren aus mehreren Jahren, im Haushalt für ein Jahr, ist unseriös. Bei den Erstattungskosten für Flüchtlinge konnte uns der Bürgermeister zwar nicht die tatsächlichen Aufwendungen benennen, aber er weiß genau wie groß der Fehlbetrag ist, eine tolle mathematische Leistung. Ja wir alle wissen, dass 2017 die Land- und Bundestagswahlen anstehen, aber so plump sollte man nicht versuchen von der eigenen Verantwortung abzulenken. Zumal man so auch noch unnötig mit dem Feuer spielt. Doch dazu komme ich noch.

Seit Jahren fordern wir ein genau zu analysieren wodurch die seit 2009 wiederkehrenden Defizite verursacht werden. Eine Analyse hierzu erfolgte nicht, da die Verursacher ja immer irgendwo anders ausgemacht wurden.

Kommen wir zu den uns beschäftigenden Politikfeldern:

1. Haushaltsdefizit

Seit 2009 hat unsere Gemeinde keinen ausgeglichenen Haushalt mehr. In den 7 Jahren von 2009 bis 2015 summierten sich die Defizite auf ca. 4 Mio. Euro.

In den Jahren 2016 und 2017 sollen weitere 2,6 Mio. Euro Defizit hinzukommen.

Dabei wird für 2016 erstmalig mehr als 5% der allg. Rücklage entnommen. Geschieht dies in zwei aufeinander folgenden Jahren, hat dies ein Haushaltssicherungskonzept zur Folge. Das prognostizierte Defizit für 2017 liegt nur ca. 150.000 € unter dieser folgenreichen Grenze. Zur Erinnerung auch in der Prognose für 2016 ging der Bürgermeister davon aus, die 5% Grenze zu unterschreiten. Wir wissen nun, dass es anders gekommen ist. Eine Verschlechterung der Prognose um 150.000 € kann

schnell eintreffen. Eine Mindereinnahme bei den Steuern, oder eine unvorhergesehen Ausgabe durch einen Gebäudeschaden und erneut sind wir wieder über der Grenze. Weiter so wie bisher!

2. Ausgabenverringering

Betrachtet man den aktualisierten Haushaltsplans für 2017 findet man zwei Positionen, die zu einer Verringerung der Aufwendungen geführt haben. Einmal die eingesparten Ausgaben für die Telefonvermittlung über 18.000 € und dann die Reduzierung von Personalkosten über 32.000 €. Ersteres war ein Antrag der SPD während der Haushaltsberatungen für das Jahr 2016, die doppelten Personalkosten traten nach konkreten Fragen unsere Fraktion während der aktuellen Haushaltsberatungen zu Tage. Dies führte somit zu einer Verbesserung des Ergebnisses von insgesamt 50.000 € für 2017.

Weitere Sparvorschläge durch die Verwaltung oder die Partei mit der absoluten Mehrheit wurden bei den Haushaltsberatungen nicht vorgelegt.

Was wir seit Jahren wiederholt einfordern ist eine Analyse wodurch die Defizite eigentlich verursacht werden. Erneut erfolgt dies nicht. Weiter so wie bisher!

3. Einnahmenseite

Die Höhe der Hebesätze kann von der Gemeinde sowohl für die Gewerbe- als auch die Grundsteuer selbst festgelegt werden. Für 2016 sah der Haushaltsentwurf vor, dass wir bei unseren unterdurchschnittlich niedrigen Sätzen bleiben und unsere Steuersätze nicht den vom Land vorgegebenen fiktiven Hebesätzen angepasst haben. Dies belastete unsere Bilanz in doppelter Weise. Zunächst fehlten uns dadurch Einnahmen in Höhe von fast 46.000 €. Da die Kreisumlage nach den fiktiven Sätzen berechnet wurde, erhöhte sich unsere Belastung auf insgesamt ca. 72.000 €. Für 2017 soll dies nun korrigiert werden. Darin sieht nun aber die FDP einen erheblichen Nachteil für unsere Bürgerinnen und Bürger. Dabei ist es eine der wenigen Möglichkeiten eine gerechte und gleichmäßige Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Übrigens

sprechen wir hier über eine jährliche Belastung von weniger als 5 € für ein Einfamilienhaus. Bei durchschnittlich 2,5 Personen, die dort wohnen ergibt sich somit eine monatliche Belastung pro Person von ca. 20 Cent. Beim Vergleich der Grundsteuersätze der Kommunen im Kreis Warendorf stellt man fest, dass dort viele Sätze zum Teil deutlich höher sind. Vor dem Hintergrund unserer finanziellen Situation und der gerade dargestellten geringen Belastung für den Einzelnen, sollte man die Frage stellen, ob eine maßvolle höhere Anpassung nicht angezeigt gewesen wäre. Zumal von den dadurch finanzierten Ausgaben der Gemeinde wiederum alle profitieren. Aber wir halten fest, auch hier kaum Veränderung, auch wenn uns gleich die Liberalen etwas ganz anderes erzählen werden. Weiter so wie bisher!

Hier möchte ich auch dem Argument entgegentreten, wir erhalten zu wenig vom Land. 2017 erhalten wir vom Land alleine als Investitions-Schul-, Sport- und Feuerwehrpauschale zusammen 1.040.000 €. Hinzu kommen z.B. noch jeweils 100.000 € in den kommenden 4 Jahren aus dem Förderprogramm „NRW-Bank Gute Schule 2020“. Die ersten 100.000 € entlasten unseren Haushalt direkt bei den geplanten Ausgaben für unsere Schulen in 2017.

4. Einzelhandel

Die Schließungswelle im Einzelhandel setzt sich fort. Seit dem Jahr 2000 sind in Everswinkel weit über 20 Läden geschlossen worden. Alle Appelle die Kaufkraft im Ort zu halten sind verpufft. So mussten sich die Bürgerinnen und Bürger auch in diesem Jahr wieder von liebgewonnenen und traditionellen Dienstleistern und Geschäften in unserer Gemeinde verabschieden. Am Ende des Jahres wird es in der Nordstraße keinen einzigen Laden mehr geben. Im Haushalt findet man dazu erneut wenig. Weiter so wie bisher!

5. Entwicklung des Wohnungsmarktes

Gerade der Bereich Wohnungsbau bietet die Möglichkeit für die Zukunft die Weichen sinnvoll zu stellen. Obwohl hier in den kommenden Jahren mehrere 100.000 € in Landerwerb und insgesamt 130.000 € in die Bau-

leitplanung investiert werden sollen, gibt es keinerlei erkennbaren Willen eine sinnvolle Steuerung vorzunehmen. Auch hier soll es lediglich ein weiter so wie bisher geben.

Eine Wohnbedarfsanalyse könnte Aufschluss darüber geben, welcher Wohnungsbedarf sich in den kommenden Jahren für unsere Gemeinde ergeben wird. Dabei geht es zum einen um die Anzahl der Wohnungen, die Quantität des Bedarfs. Zum anderen geht es aber auch um die Art von Wohnungen, also die Qualität des Wohnraumbedarfs. Dazu muss geklärt werden welche Interessenten zukünftig Wohnungen suchen werden. Da wir bereits wissen, dass unsere Bevölkerung tendenziell ein höheres Durchschnittsalter erreichen wird, sollten wir dies bei der Planung zukünftiger Wohngebiete berücksichtigen und seniorengerecht und barrierefrei planen. Zusätzlich haben wir bereits gelernt, dass verstärkt preiswerter Wohnraum und kleinere Wohneinheiten gesucht werden. Hier ist das gegenwärtige Angebot bei Weitem nicht ausreichend. Aber statt ein entsprechendes Wohnbedarfsgutachten erstellen zu lassen um einen verlässlichen Bedarf zu ermitteln, wurde der betreffende Antrag hierzu von CDU und FDP abgelehnt. Dabei haben wir gerade bei den Haushaltsberatungen gelernt wohin fehlende Analysen und Zukunftsplanungen führen! Den zunächst eingestellte Zuschuss für die Sanierung der Fenster im Haus der Generationen in Höhe von ca. 13.000 € werden wir nicht erhalten, da ein Konzept über die gewünschte zukünftige Entwicklung nicht vorgelegt werden kann. Der Bürgermeister will aber erst noch ergründen, ob sich Zukunftsplanungen für unsere Gemeinde positiv rechnen. Ich kann mich schon gar nicht mehr erinnern wie oft Anträge und Diskussionen zur Ortsentwicklung oder Wohnleitbildern für unsere Gemeinde in der Vergangenheit durch CDU und FDP blockiert worden sind. Weiter so wie bisher! Aber vielleicht ändert sich etwas, wenn es zukünftig konkret um entgangene Zuschüsse geht.

Bei der Ausweisung von Baugebieten geht immer auch um finanzielle Belastungen für die Gemeinde und die Einwohner. Denn durch die Schaffung von weiterer Siedlungs- und Verkehrsflächen ergeben sich einerseits Instandhaltungskosten z.B. für die Straßen, Plätze, Grünflächen und Versorgungseinrichtungen und andererseits steigt dadurch die Summe der jährlichen Abschreibungen. Diese Abschreibungen erhöhen dann über viele Jahre unsere jährlichen Belastungen. Für 2017 betragen die

Abschreibungen bereits 1.8 Mio. €. Deutlich wird also die Belastung unserer Bürger, durch die Ausgaben der Gemeinde. Aber auch die Gebühren jedes Bürgers werden dadurch erhöht. Bisher wurde regelmäßig wiederholt, dass die neuen Baugebiete notwendig sind, um weitere Bürger in unsere Gemeinde zu holen. Die Statistik der Bezirksregierung zeigt jedoch ein ganz anderes Ergebnis. Die Einwohnerzahl der Gemeinde Everswinkel war Ende 2004 exakt die gleiche wie Ende 2015, nämlich in beiden Fällen 9583 Personen. Allerdings haben wir in den dazwischen liegenden Jahren 96.000 m² neue Wohnfläche geschaffen. Dies führte zu einer Erhöhung der Wohnfläche pro Einwohner von 40 auf 50 m². Die dabei überbaute Fläche betrug 80 ha. Und sämtliche, dadurch verursachten Folgekosten wird auf die exakt gleiche Anzahl von Einwohner umgelegt, also ca. 25% Steigerung wird auf die gleichen Schultern verteilt. Fraglich, ob sich dies alle so gewünscht hätten. Die ca. 250 Asylbewerber und Flüchtlinge sind übrigens in dieser Statistik mitgezählt. Ohne diese sähe die durchschnittliche Berechnung für jeden Einwohner noch ungünstiger aus.

Weiterhin sucht man vergeblich nach einem Ansatz für Konzepte zur Lösung für Bestandsimmobilien. Obwohl gerade durch die prognostizierten gesellschaftlichen Veränderungen das Risiko von Leerstand und Wertverfall bei den bereits vorhandenen Immobilien zunehmen wird. Die SPD hat hierzu einen Antrag gestellt, den wir im nächsten Ausschuss für Planung und Umweltschutz beraten werden. Gilt auch hier weiter so wie bisher?

6. Schulentwicklung

Bei der Schullandschaft sind wir nun in einen sinnvollen Prozess eingetreten. Dieses Thema wird uns 2017 noch weiter beschäftigen.

7. Radwegebeleuchtung

Hierzu haben wir einen überarbeiteten Antrag vorgelegt, den wir ebenfalls in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Planung und Umweltschutz beraten werden.

8. Atmosphärischer Umgang miteinander

Die gemeinsame politische Arbeit halte ich im Teilen für deutlich verbesserungswürdig. Ich möchte Ihnen dafür drei Beispiele nennen:

1. Die Wahl des zweiten stellvertretenden Bürgermeisters

In unserer Gemeinde war es eine historisch gewachsene gute Tradition, dass die Besetzung des 2. stellv. Bürgermeisters unter den Oppositionsparteien ausgehandelt wurde. Herr Folker teilte mir mit, dass die CDU sich an diese Tradition nicht mehr gebunden fühle und dieses Amt der FDP zuschlagen wolle. Begründet wurde dies mit der ständigen Kritik und Attacken durch die SPD an den Entscheidungen der CDU. Ein Vorwurf der uns übrigens auch schon 2014, bei Wahl zum 2. stellv. Bürgermeister vorgehalten wurde. Wenn wir da zukünftig wieder „geschmeidiger“ wären, könnte man irgendwann mal wieder über ein solches Amt sprechen. Übrigens über 90% der Entscheidungen fallen einstimmig. Zur Klarstellung: die SPD macht ihre politischen Entscheidungen nicht von der Zuteilung eines Amtes abhängig. Für uns macht dieser Vorgang deutlich, dass die CDU ihre absolute Mehrheit auf Biegen und Brechen durchsetzt. Demokratisches Miteinander sieht ganz anders aus.

2. Im Zusammenhang mit den Beratungen zum Grundstück Püning 15 haben Sie, Herr Bürgermeister, Informationen aus dem nichtöffentlichen Teil öffentlich gemacht. Dies war ein Verstoß gegen geltendes Recht. Es ging hier konkret um die Nennung von Unterzeichnern einer Petition. Sowohl der Petitionsausschuss als auch die Landesbeauftragte für Datenschutz erwarten zu diesem Vorgang noch eine Erklärung von Ihnen. Durch die Veröffentlichung der Namen haben sie Bürgerinnen und Bürger, die lediglich ihre bürgerlichen Rechte wahrgenommen haben unberechtigter Weise preisgegeben. Kurze Zeit später wurden an einem Anhänger von Herrn Wolk sämtliche Radmuttern gelöst. Während der geplanten folgenden Fahrt wäre es fast zu einem Unfall gekommen. Es wurde

Anzeige wegen eines schweren Eingriffes in den Straßenverkehr erstattet. Ich möchte unzweifelhaft deutlich machen, dass ich damit nicht unterstelle, dass dies oder etwas Ähnliches durch sie beabsichtigt war. Aber wir alle hier sollten darüber nachdenken wie wir zukünftig miteinander umgehen möchten. Dabei schließe ich auch ausdrücklich die berichtenden Medien mit ein.

3. Ich habe bereits eingangs etwas zu populistisch auftretenden Parteien gesagt. Der Bürgermeister hat in seiner Einbringungsrede zum Haushalt einen Zusammenhang zwischen den Ausgaben für Flüchtlingen und dem drohenden Haushaltssicherungskonzept hergestellt. Ich unterstelle ihm hier keine Absicht. Ich möchte aber alle Parteien dringend darum bitten, so sensibel, wie möglich mit diesem Thema umzugehen. Ja es ist Wahlkampf! Solche Aussagen können aber schnell zu Wasser auf die Mühlen populistischer Parteien werden.

Abschließend möchte zu diesem Haushalt festhalten: Es werden keine Prioritäten gesetzt, es gibt keinen Versuch die Ausgaben zu senken, die Einnahmen werden nicht zukunftsweisend optimiert und es zeigen sich keinerlei Impulse für die Gestaltung der Zukunft unserer Gemeinde. Es ist ein einziges weiter so wie bisher. Deshalb lehnt die SPD Haushaltsentwurf für 2017 ab.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen allen eine gesegnete Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins Neue Jahr.